

PS Der Pressespiegel

Stadtwerke Dinslaken GmbH

05.06.2013

P2

Auszug

vom

05.06.2013

NRZ

RP

Internet

Niederrh
Anzeiger

WIRTSCHAFT

Die Fernwärme und der Klimaschutz

Energiekonzepte aus Dinslaken finden international Beachtung. Thomas Döking von den Stadtwerken referierte in Kanada.

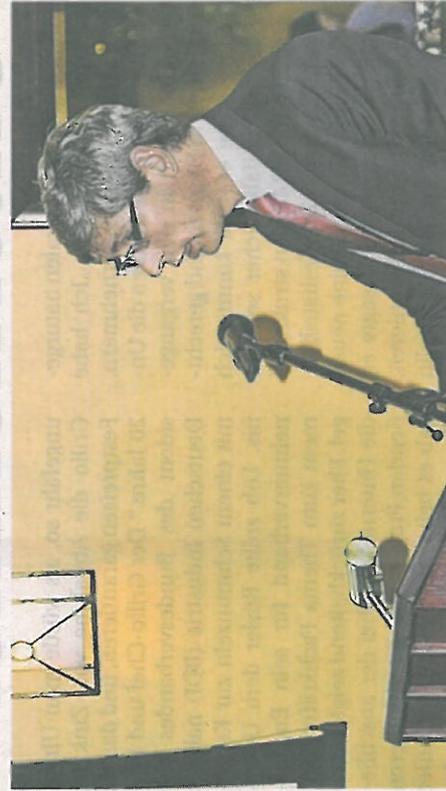
SEITE 5

Fernwärmeversorgung ist Vorbild für Klimaschutz

Energiekonzepte aus Dinslaken bleiben ein Thema für den Klimaschutz. Sie finden internationale Beachtung.

DINSLAKEN (RP) Nachdem die Konzeption, Lohberg zu einem Plusenergie-Standort zu entwickeln, bereits im Mai 2012 auf dem 3. Transatlantic Urban Climate Dialogue in Arlington, USA, große Beachtung fand, stellte Thomas Döking, Hauptabteilungsleiter Technik der Fernwärmeversorgung Niederrhein (FN), in der diesjährigen Folgeveranstaltung des internationalen Symposiums zu Energie und Klimaschutz im kanadischen Guelph, Provinz Ontario, Möglichkeiten der CO₂-Minderung durch überregionale Fernwärmenetze am Beispiel Dinslakens vor.

Die Fernwärme spielt in den heutigen Klimaschutz- und Energiewende-Diskussionen wegen ihrer



Thomas Döking bei seinem Referat während des Internationalen Energiesymposiums in Kanada. FOTO: SD

nischen als auch bei den deutschen Teilnehmern auf reges Interesse.

Nach einer Einführung zu den Zielen der Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen durch Annette Voigt vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen stand am zweiten Tag ein weiterer Vortrag von Thomas Döking zum Thema Fernwärme an, zu dem neben den rund 30 Teilnehmern des Workshops auch etwa weitere 60 aus der Stadt Guelph und der Region Ontario eingeladen waren. Insbesondere für die Bürgermeisterin und den Stadtrat von Guelph war das Thema Fernwärme von großer Bedeutung, da in der kanadischen Stadt aktuell Überlegungen zum Aufbau eines Fernwärmenetzes reifen.

Die Erfahrungen aus Dinslaken wurden von den Guelphern als immens wichtig erachtet, spontan äußerten sie den Wunsch, sich die Fernwärme in Dinslaken auch vor

PERSÖNLICH

**Hauptabteilungsleiter
Thomas Döking**

Beruf Thomas Döking ist seit Februar 2012 Hauptabteilungsleiter des Bereichs Fernwärme bei den Stadtwerken Dinslaken.

Erfahrung Der Diplom-Ingenieur mit dem Schwerpunkt Versorgungstechnik blickt auf 22 Jahre Erfahrung im Energiesektor, unter anderem bei E.ON, zurück.

Zusammenarbeit Zudem ist er aktuell an der Entwicklung eines Fernwärmeverbands im Ruhrgebiet beteiligt, die von der Landesregierung unterstützt wird.

Ort anzuschauen. Die Fernwärmeversorgung in Dinslaken hat schon jetzt Vorbildfunktion für die Kanadier.

BVB-Oldies würzen Mammturnier

24 Teams kicken bei der BSG der Stadtwerke am Samstag zugunsten der Albert-Schweitzer-Einrichtung

Von Gerard Dombrowski

Als die Betriebsportgemeinschaft der Stadtwerke Dinslaken im Jahr 1995 erstmals zu einem Fußballturnier einlud, war schon klar, dass der freundschaftliche Kick nicht ohne Folgen bleiben sollte. Die Freizeit-sportler wollten etwas für karitative Zwecke einsetzen und sammelten abseits des Spielfelds Spenden für die Albert-Schweitzer-Einrichtung in Dinslaken. 3300 Mark kamen damals zusammen, bei den folgenden Turnieren erhielten die unterschiedlichsten Einrichtungen ebenfalls finanzielle Unterstützung, insgesamt bisher mehr als 40 000 Euro. Und am kommenden Samstag, bei der zehnten Auflage des Stadtwerke-Turniers auf der Anlage des TV Jahn Hiesfeld, schließt sich ein Kreis: Zum kleinen Jubiläum geht das Geld wieder an die Albert-Schweitzer-Einrichtung.

Über die NRW-Grenzen bekannt

Alle zwei Jahre kicken Betriebs-sportmannschaften von den Wan-derpokal, erstmals wird es ein Mam-muturnier mit 24 Mannschaften. „Ein Kraifakt“, gesteht Volker Kobelt, Betriebsratsvorsitzender der Stadtwerke und Sprecher der Be-triebsportgemeinschaft. Der Kraft-akt lohnt sich: Aus ganz Deutsch-land, von Bocholt bis Berlin, reisen die Teams an. „Das Turnier ist bis über die NRW-Grenzen hinaus be-kannt geworden“, freut sich Kobelt, der zu seiner aktiven Zeit unter an-derem in der Verbandsliga beim VfB Lohberg das Tor hütete. Das Gros der Mannschaften rekrutiert sich dennoch aus Dinslaken und der nä-heren Umgebung.



Volker Kobelt (c) und sein Organisationsteam (v.l.): Jürgen Plagemann, Heiko Feldkamp und Thomas Calzawara mit dem Wanderpokal.

Um 9.30 Uhr ist Anstoß für die Gruppenspiele der Betriebsportge-meinschaften. Das Highlight bildet wie bei den bisherigen Turnieren ge-wohnt ein Einlagenspiel mit ehemali-gen Profis: Um 14.45 Uhr tritt die Traditionsmannschaft von Borussia Dortmund gegen ein „Old Star Team“ aus Dinslaken, Voerde und Hünxe an. Mit dem Dortmunder Publikumsstiebling Günter Kutow-ski als Teamchef unter anderem Frank Mill, Michael Rummenigge und Michael Schulz sowie weitere ehemalige Bundesligastars wie Günter Breitzke, Michael Lusch, Peter Quallo und Reinhold Mathes ihr Kommen zugesagt. „Mit Frank

Mill haben wir sogar einen ehemali-gen Weltmeister dabei“, sagt BVB-Fan Volker Kobelt stolz. Mill stand 1990 im Angebot der deutschen Mannschaft, spielte während der WM allerdings keine Minute.

OLD STAR TEAM SPIELT MIT EHEMALIGEN PROFIS

Das Old Star Team aus der Re-gion wird beim Spiel gegen die BVB-Traditionself angeführt von Ex-Profis Frank Saborowski, Thomas Kempe und Markus Ost-hoff. Dazu gesellen sich neben Volker Kobelt voraussichtlich

Vor den Ex-Profis kommen um 14.30 Uhr diejenigen auf den Platz, die vom Turnier am meisten profitie-ren sollen: Bewohner der Lebens-hilfe-Wohnstätte Königstraße treten gegen die Betreuer an. „Es wird ein

Tag der Begegnung für Menschen mit und ohne Behinderung“, freut sich Margot Stielor, Vorsitzende der Lebenshilfe. Der Verein bietet rund um das Turnier auch Verkaufs- und Aktionsstände an, unter anderem können sich Kinder schminken las-sen und sich auf einer Hüpfburg ver-gnügen. Bei einer Tombola sind unter anderem Reise Gutscheine und Ballonfahrten zu gewinnen.

Nach dem Spiel der Traditions-teams geht es um 16.30 Uhr mit den Halbfinalspielen des BSG-Turniers weiter, um 17 Uhr folgt das Spiel um Platz drei sowie um 17.20 Uhr das Endspiel. Für 17.45 Uhr ist die Sie-gerehrung vorgesehen.

Auszug



NRZ



Regional



Überregional

vom



RP



Regional



Überregional

Seite

05.06.2013



Internet



Handelsblatt



FAZ



ZfK



Niederrhein-Anzeiger



Energie & Management



Euro Heat & Power



Stadt-Panorama

FOTO: NRZ

BVB kommt mit Weltmeister Frank Mill

Die Betriebssportgemeinschaft der Stadtwerke Dinslaken richtet am Samstag ihr 10. Großes Fußballturnier aus. Das Highlight ist ein Spiel der Traditionsmannschaft von Borussia Dortmund gegen ein hiesiges Old-Star-Team.

VON BERND VENNEMANN

DINSLAKEN Seit 1195 hat die Betriebssportgemeinschaft der Stadtwerke Dinslaken mehr als 40 000 Euro für unterschiedliche Einrichtungen gespendet und wurde dafür vor zwei Jahren mit dem Maria-Euthymia-Preis für beispielhaftes ehrenamtliches Engagement im Bereich Sport ausgezeichnet. Am kommenden Samstag ist es mal wieder soweit: Das 10. Große Fußballturnier der BSG steigt auf der Platzanlage des TV Jahn Hiesfeld und der Reinerlös kommt in diesem Jahr der Lebenshilfe Dinslaken zugute.

Deren Vorsitzende Margot Stielor bedankte sich bereits im Vorfeld dieser Großveranstaltung bei den Verantwortlichen des Ausrichters

„Unser Geschäftsführer Dr. Götz wollte als Bayern-Fan sogar die Altstars aus München verpflichten“

Volker Kobelt
BSG Stadtwerke Dinslaken

und stellte ihrerseits bei der Vorstellung des Turniers einige Aktivitäten der Lebenshilfe im Rahmen der Veranstaltung in Aussicht, so das besonders beliebte Kinderschminken. Daneben gibt es weitere Unterhaltungen auch für die Kinder wie der Aufbau einer Hüpfburg.

Im Mittelpunkt des Tages aber steht der Sport. Neben dem großen Turnier mit 24 Betriebssportgemeinschaften aus der Umgebung, aber auch von weither, interessiert ab 14.45 Uhr natürlich besonders der Auftritt der Traditionsmannschaft von Borussia Dortmund. De-



Sie organisieren das große Turnier (von links): Jürgen Plagemann, Heiko Feldkamp, Thomas Calzawara und Volker Kobelt mit dem von Bürgermeister Dr. Michael Heidinger gestifteten Pokal.

FOTO: BSG STADTWERKE

Die Betriebssportgemeinschaft der Stadtwerke hat als Gegner ein Old-Star-Team aus Dinslaken, Voerde und Hünxe eingeladen. In dieser Mannschaft steht Volker Kobelt, früherer Keeper des VfB Lohberg und heutiger Betriebsratsvorsitzender der Stadtwerke, zunächst im Tor, ihm werden der jetzige VfB-Trainer

Thomas Grefen und Rainer Tippelt im Verlaufe der Partie ablösen. Mit Frank Saborowski, dem jetzigen Trainer der TuS Drevenack, Spellens aktuelllem Coach Markus Osthoff und Thomas Kempe sind weitere frühere Profis dabei. Auch Almir Duric, André Balfeld, Peter Everhartz, Michael und Thomas Grafen.

FUSSBALL-ERLEBNISTAG

Bürgermeister stiftet Pokal für den Sieger

Turnier Insgesamt 24 Mannschaften in vier Gruppen spielen auf vier Kleinfeldern um den Pokal, der von Bürgermeister Dr. Michael Heidinger gestiftet wurde. Die Teams der Betriebssportgemeinschaften kommen aus dem gesamten Bundesgebiet, so ist unter anderem die Commerzbank Berlin dabei. Ab 9.30 Uhr wird parallel gespielt, die Halbfinals beginnen um 16.30 Uhr, das Endspiel um 17.20 Uhr.

Einlagespiel Um 14.30 Uhr kommt es zum Einlagespiel von zwei Teams mit Behinderung.

Erlös Der Reinerlös der Veranstaltung - gerechnet wird wieder mit etwa 5000 Euro - kommt der Lebenshilfe Dinslaken zugute, die damit die Wohnstätte an der Königstraße unterstützen wird.

Dirk Kalthoff, Daniel, Jens und Kai Grote sowie Dietmar Klein, Andreas Matyjaszek, Kamuran Saklavi, Mile Verkić und Thomas Winters dürfen noch nicht viel von ihrem früheren Können eingebilbt haben.

Ansonsten aber soll die Veranstaltung zu einem Erlebnisstag für die ganze Familie werden. Dazu gehört auch eine große Tombola mit attraktiven Preisen wie Reisegutscheinen und Ballonfahrten. Selbstverständlich sind Getränkestände, ein Grillstand und weitere Stände mit Verpflegung aufgebaut. Und Eintritt brauchen die Besucher auch nicht zu zahlen.

Auszug

NRZ

Regional

Überregional

vom

RP

Regional

Überregional

Seite

05.06.2013

Internet

Handelsblatt

FAZ

ZfK

Niederrhein-Anzeiger

Energie & Management

Euro Heat & Power

Stadt-Panorama

Auszug

vom

05.06.2013

NRZ

RP

Internet

Niederrhein-
Anzeiger

Stadtwerke: Fußball für guten Zweck

Einlagespiel mit der Traditionsmannschaft von Borussia Dortmund beim 10. Fußball-Turnier der BSG Stadtwerke Dinslaken

DINSLAKEN. Am Samstag, 8. Juni, ist es wieder soweit: Das 10. Große Fußballturnier der Betriebssportgemeinschaft Stadtwerke Dinslaken findet auf der Bezirkssportanlage des TV Jahn Dinslaken-Hiesfeld zugunsten der Albert-Schweitzer-Einrichtung statt.

Alle zwei Jahre kicken Betriebssportmannschaften - dieses Jahr erstmalig 24 Mannschaften - um den begehrten, von Bürgermeister Dr. Michael Heidinger gestifteten, Wanderpokal. Los geht es ab 9 Uhr mit der Begrüßung der Mannschaften und der Zuschauer. Um 9:30 Uhr ist Anstoß für die Gruppenspiele der 24 Betriebssportgemeinschaften. Mit dabei

sind Teams der Deutschen Bank Oberhausen, des DIN Service, Unio Wacker, Auto-land Elspass, Stadtwerke Bochum, Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe, Feuerwehr Dinslaken, Steinhoff ENNI, Volksbank Rhein-Lippe, Je-rich AG, DEW 21, KLS Wesel, Benteler, EV Oberhausen, NLW Fördertechnik, Polizei Dinslaken, Commerzbank Berlin, Stadtwerke Bocholt, Stadt Dinslaken, Stadtwerke Dinslaken, Wohnbau Dinslaken, Commerzbank Duisburg und Pintsch Bamag. Der Höhepunkt der besonderen Art findet um 14:45 Uhr statt: Mit dem Einlagespiel der Traditionsmannschaft von Borussia Dortmund Traditionsmannschaft gegen ein Old

Star Team Dinslaken-Voerde-Hünxe gibt es um 14:45 Uhr einen besonderen Höhepunkt. Der BVB 09 reist mit einigen Stars an den Rotbach. Mit dem Dortmunder Publi-



Volker Kobelt (rechts) und sein Organisationsteam von der Stadtwerke Betriebssportgemeinschaft (von links): Jürgen Plagemann, Heiko Feldkamp und Thomas Calzawara mit dem vom Bürgermeister Dr. Michael Heidinger gestifteten Wanderpokal.

Foto: Stadtwerke

kumsliebling Günter „Kutte“ Kutowski als Teamchef, haben der Weltmeister von 1990, Frank Mill, Nationalspieler Michael Rummenigge und Michael Schulz, sowie weitere

ehemalige Bundesligastars ihr Kommen zugesagt. Das Old Star Team wird angeführt von den ehemaligen Profis Frank Saborowski, Thomas Kempe und Markus Osthoff. Weiter geht's um 16:30 Uhr mit den Halbfinalspielen.

Um 17 Uhr folgt das Spiel um Platz drei sowie um 17:20 Uhr das Endspiel. Daran anschließend findet um 17:45 Uhr die große Siegerehrung durch den Bürgermeister Dr. Michael Heidinger und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Thomas Götz statt. Aber diese Veranstaltung ist nicht nur für Fußballbegeisterte gedacht! Das Fußballturnier soll ein Erlebnisstag für die ganze Familie, Groß und Klein, Jung und Alt sein. Eine Hüpfburg,

Kindersminken und weitere Attraktionen versprechen jede Menge Spaß, besonders für die kleinen Besucher.

Eine große Tombola winkt mit attraktiven Preisen. Reise-gutscheine und Ballonfahrten gibt es unter anderem. zu gewinnen. Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt. Wetter-geschützt durch ein Festzelt und Tribüne, können sich die Besucher am Grillstand, bei Linsensuppe, Champignonpfanne, Döner vom Spieß, Kaffee- und Kuchen und an den Getränkeständen zu zivilen Preisen stärken. Der Eintritt ist frei. Der Reinerlös des Turniers und der eingegangenen Spenden wird an die Albert-Schweitzer-Einrichtung Dinslaken überwiesen. Hu

Auszug	<input type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input checked="" type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	Seite
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

Niederrhein-CDU gegen Fracking

Kommunalpolitiker im Dialog mit Niederrhein-Gruppe im Landtag

NIEDERRHEIN (RP) Regionalplanung, Ausbau der Autobahn A 57, Ortsumgehung Wesel, Ausbau und Trassenführung des „Eisernen Rheins“ und der „Betuwe-Linie“ sowie Inklusion und Fracking – über diese Themen hat die CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz Niederrhein mit der Niederrhein-Gruppe der CDU-Landtagsfraktion unter Leitung von Dr. Stefan Berger gesprochen. Die niederrheinischen Landes- und Kommunalpolitiker der Union werteten den regionalpolitischen Dialog als hilfreich und wollen ihn fortsetzen.

In der Niederrhein-Konferenz arbeiten die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen in den Kreisen Kleve, Neuss, Viersen und Wesel sowie in den Räten der kreisfreien Städte Krefeld und Mönchengladbach zusammen. Mit ihren Landespolitikern setzen die Kommunalvertreter auf eine zügige Bearbeitung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf und dessen Verabschiedung noch in dieser Wahlperiode. Sie sprachen sich dafür aus, Konzepte für große Gewerbegebiete zu erstellen und dabei interkommunale Ansätze zu fördern. Bei der



Dr. Hans Georg Schmitz, Kreis Wesel, nahm an dem Treffen teil.

Ausweisung neuer Wohngebiete im Regionalplan favorisieren die Christdemokraten Einzelfallbetrachtungen in den jeweiligen Städten und Gemeinden. „Für eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung müssen regionale Aspekte berücksichtigt werden. Da kann man nicht alle Kommunen über einen Kamm scheren“, so der Vorsitzende des Düsseldorfer Regionalrates, Hans-Jürgen Petruschke (CDU).

Neben wichtigen Straßen- und Schienenverkehrsmaßnahmen am Niederrhein (Ausbau A 57, Südumgehung Wesel, Eiserner Rhein, Be-

tuwe) komme der Kooperation der rheinischen Häfen eine besondere Bedeutung zu. Um die Hinterlandbindung der sogenannten ZARA-Häfen (Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam) zu verbessern, bräuchte es die Güterverkehrsstrecken „Eiserner Rhein“ und „Betuwe-Linie“. Ziel müssten eine zukunftsorientierte Trassenführung sowie effektiver und innovativer Lärmschutz sein.

Für das Gelingen einer qualitativ hochwertigen Inklusion sei es entscheidend, dass die Kommunen mit der Finanzierung nicht alleine gelassen würden, stellten die Kommunal- und Landespolitiker der Union fest. Die Inklusion sei für die Kommunen eine vom Land neu übertragene Aufgabe. Bei der Inklusion müsse die Wahlfreiheit „Förderschule/gemeinsamer Unterricht“ erhalten bleiben.

Dem „Fracking“ zur Erdgasförderung unter Einsatz giftiger Chemikalien erteilten die Unionspolitiker eine klare Absage: „Die damit verbundenen Risiken sind nach wie vor nicht geklärt, und solange das so ist, werden solche Vorhaben entschieden abgelehnt.“

Auszug	<input checked="" type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input checked="" type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	Seite1/2
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

Koalition scheitert bei Fracking-Gesetz

Berlin. Der Gesetzentwurf zur Förderung von unkonventionellem Erdgas durch Fracking ist gescheitert. Er werde in dieser Legislaturperiode nicht mehr eingebracht, teilte Umweltminister Peter Altmaier (CDU) gestern mit. Die Regelung sei am Widerstand der CDU aus Nordrhein-Westfalen und der CSU gescheitert, sagten mehrere Abgeordnete der NRZ. Damit bleibt Fracking in Deutschland weiterhin prinzipiell möglich.

Aus Sicht von Landesumweltminister Johannes Remmel (Grüne) hat das Scheitern des Entwurfs aber keine Auswirkungen für NRW. Es werde sich nichts ändern. „Wir haben einen Genehmigungsstopp für Fracking-Anträge, weil auch die Wissenschaft noch zu viele offene Fragen und Risiken sieht“.

daf
Bericht Seite 2

Auszug	<input checked="" type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input checked="" type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	Seite 2/2
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

Thema Fracking sorgt für dicke Luft in der Union

Uneinigkeit über das
weitere Vorgehen

Von Daniel Freudenreich

Berlin/Düsseldorf. In der Union herrscht nach dem Scheitern des Fracking-Gesetzes dicke Luft. „Jetzt werden wir erleben, dass die Opposition sagt, wir würden gegen Fracking nichts unternehmen. Das halte ich für verheerend“, wütete der Unions-Abgeordnete Reinhard Grindel (CDU) nach der Fraktionssitzung und teilte gegen die Gegner des Gesetzentwurfs aus. „Ich kann die Kollegen aus NRW und Bayern nicht verstehen, wie man Leute überzeugen will, indem man nichts tut.“

Jahrelang hatte die Koalition um ein Gesetz zur Förderung von unkonventionellem Erdgas gerungen. Der nun vorliegende Entwurf hätte Fracking unter strengen Auflagen ermöglicht, aber in Wasserschutzgebieten verboten. Doch den Abgeordneten von Rhein und Ruhr und der CSU sei das nicht weit genug gegangen, sagten mehrere Teilnehmer nach der gestrigen Fraktionssitzung. Sie hätten ein Moratorium gefordert – was wiederum die FDP nicht wollte – und die geplante Regelung als „Ermöglichungsgesetz“ bezeichnet. „Eine völlig abwegige Sichtweise“, meinte Grindel.

Auch die FDP ließ kein gutes Haar an Teilen der Union. „Die NRW-CDU hat dafür gesorgt, dass es nicht mehr Umweltschutz gibt, sondern dass Fracking ohne weitere Auflagen möglich bleibt“, sagte FDP-Umweltpolitiker Michael Kauch der NRZ. Der nordrhein-westfälische CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann hingegen begrüßte das Scheitern des Entwurfs: Seine Fraktion habe sich von Anfang an für ein Moratorium stark gemacht, damit der Schutz des Grundwassers gewährleistet werde. „Die heutige Entscheidung zeigt: Dieser Einsatz war wichtig und richtig.“ Erst wenn die Technik so weit sei, dass eine Gefährdung des Bodens und des Grundwassers „ausnahmslos ausgeschlossen“ werden könne, sei er zu einer neuen Diskussion über Fracking bereit, so Laumann.

Kritiker sehen Gefahr für Grundwasser

Ohne das neue Gesetz bleibt Fracking in Deutschland grundsätzlich möglich. Dabei wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien ins Schiefergestein gepresst, um das dort eingeschlossene Gas freizusetzen. Die Kritiker bemängeln unter anderem den Einsatz der Chemikalien, in denen sie eine Gefahr für das Trinkwasser sehen. Die NRW-Landesregierung hingegen lehnt seit 2012 Bohrgenehmigungen ab, was praktisch ein Fracking-Moratorium ist. Dafür macht sich FDP-Umweltpolitiker Horst Meierhofer auch auf Bundesebene stark. „Wenn die Union nichts mehr vorlegt, brauchen wir eben ein Fracking-Moratorium“, sagte er. NRZ

Auszug	<input type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	Seite 1/2
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input checked="" type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

Keine schärferen Gesetze zu Fracking

ami. BERLIN, 4. Juni. Union und FDP verfolgen den Gesetzentwurf für schärfere Regeln für das „Fracking“ nicht mehr weiter. Das wurde am Dienstag in Berlin bekannt, nachdem es in der Unionsfraktion zu einer Kontroverse über den Gesetzentwurf gekommen war. Damit bleibt es beim bestehenden Rechtsrahmen, der das Bohren nach Gas in tiefem Gestein nach dem Bergrecht erlaubt. Die FDP bedauerte dies und verlangte, alle Bohrungen bis auf Weiteres einzustellen. (Kommentar Seite 8; siehe Wirtschaft, Seiten 9 und 11.)

Lauter Verlierer

Von Andreas Mihm

Beim Fracking bleibt also bis auf weiteres alles, wie es ist: Wer tief im Untergrund nach Öl und Gas bohren und das Gestein aufsprengen will, kann das nach den Regeln des Bergrechtes auch weiterhin tun. Gesonderte Prüfungen auf die Umweltverträglichkeit müssen einstweilen nicht vorgelegt werden. Nicht, dass das der Umwelt direkt zum Schaden geriete. Schon in den vergangenen Jahrzehnten sind in Deutschland an die 300 Bohrungen nach diesem Verfahren niedergebracht, Ton und anderes Gestein mit Sand und Wasser gebrochen, der Gasfluss mit Chemikalien aufrechterhalten worden. Unfälle oder schwerwiegende Umweltschäden sind nicht bekanntgeworden.

Doch das allein ist kein Grund, keine zusätzliche Vorsorge zu treffen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen waren auf dem richtigen Weg. Sie wollten die Regeln für das Fracking auf eine bessere und eine wenn nicht von allen, dann doch von vielen akzeptierte Grundlage stellen. Mitwirkungsrechte der Wasserbehörden, Bohrverbote und besondere Verträglichkeitsprüfungen in Wasserschutzgebieten schon für die Suche nach potentiellen Lagerstätten gehören dazu. Die Industrie hätte sich darauf einstellen können, jeder hätte ge-

wusst, woran er ist. Fracking wäre in Deutschland möglich geblieben und hätte auf höherem Sicherheitsniveau eine Rolle in der Versorgung des Landes mit preiswerter, eigener Energie einnehmen können. Doch statt Sicherheit hat die Koalition wieder einmal Unsicherheit produziert. Jeder Investor weiß, dass die nächste Regierung das Thema wieder angehen wird. Welcher Beamte einer Landesbehörde soll jetzt noch einen Antrag nach altem Recht bescheiden? Stillstand der Rechtspflege, Stillstand beim Fracking. Es bleibt allenfalls die Hoffnung, dass die Versprechen der Industrie aufgehen, bald brauche man keine giftigen Chemiecocktails mehr in der unkonventionellen Gasförderung.

Nicht nur die Industrie verliert, auch Fracking-Gegner aller Parteien können einen Erfolg nicht in Paragraphen auszählen. Die größten Verlierer sind indes die Koalitionsfraktionen, vor allem die Union. Monatelang haben sie mit sich gerungen – für nichts. Hinweise von CDU-Parlamentariern, hier gehe es um eine Gewissensfrage, sind als Drohung zu verstehen, mit den Grünen für ein Fracking-Verbot zu stimmen. Chaos statt Geschlossenheit: Die Angst vor dem Verlust „sicherer“ Wahlkreise frisst gute Argumente. Diese Debatte kennt nur Verlierer.

Auszug	<input type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	Seite 2/2
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input checked="" type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

Regeln für Fracking werden nicht verschärft

Union und FDP können sich nicht auf ein neues Gesetz mit schärferen Vorschriften für die Förderung von Gas und Öl einigen. In FDP und Union wird jetzt verlangt, weitere Bohrungen bis zu einer Neuregelung auszusetzen.

ami. BERLIN, 4. Juni. Die von der Koalition geplante Verschärfung der Regeln für das Bohren nach Gas und Öl in tiefen Gesteinsschichten kommt nicht zustande. Das seit Monaten debattierte Gesetz, das verschärfte Genehmigungsvoraussetzungen beim Fracking vorschreiben sollte, wird nach einer kontroversen Debatte in der Unions-Fraktion nicht mehr in den Bundestag eingebracht. Damit bleibt es bei der bestehenden Regelung, die das Fracking nach dem Bergrecht auch ohne weitreichende Umweltprüfungen zulässt.

In der Führung der FDP wurde das bedauert. Die Entscheidung der Union sei nicht nachvollziehbar. Die Vorschläge für gesetzliche Regelungen hätten Risiken für Mensch und Umwelt ausgeschlossen. Ohne Neuregelung bleibe es beim Status quo, der vielfältige Möglichkeiten für Fracking vorsehe. „Insofern ist die Entscheidung der Union mehr als bedauerlich.“

Unterdessen wird in beiden Parteien darüber nachgedacht, weitere Bohrungen bis auf Weiteres zu untersagen. Der FDP-Abgeordnete Horst Meierhofer sagte dieser Zeitung, er erwarte nun konstruktive Vorschläge der Union. „Falls sie keine macht, bleibt als Notlösung aus meiner Sicht nur ein Moratorium.“ Umweltminister Peter Altmaier (CDU) lobte den Vorschlag ausdrücklich. „Das ist seit Langem meine Meinung und ich würde mich freuen, wenn es mit dem Koalitionspartner darüber zu einer Einigung käme,“ sagte er der F.A.Z. Die Aussichten dafür sind aber gering. In der FDP, die am Dienstagabend eine nach Angaben von Sitzungsteilnehmern turbulente Fraktionssitzung absolvierte, wurde der Vorschlag als „Einzelmeynung“ abqualifiziert.

Kernpunkte der zuletzt debattierten Regelung waren ein Fracking-Verbot in Wasserschutzgebieten, das zwingende Einvernehmen der Wasserbehörden zum Schutz von Grund- und Trinkwasser sowie ver-



Erdgasbohrungen von Exxon im niedersächsischen Lüne: Beim Fracking bleibt alles wie bisher.

Foto Daniel Pilar

pflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen bei den Bohrungen.

Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatten den Fraktionen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der mehrfach verschärft worden war. Grund sind Sorgen vor einer Verunreinigung des Grundwassers, weil bei den Tausende Meter tiefen Bohrungen und Sprengungen Wasser, Sand und Chemikalien eingesetzt werden. Allerdings wurde bei den 300 Bohrungen in Deutschland kein Unfall bekannt. Zuletzt sollte auch der Bodensee als Trinkwassereinzugsgebiet zur Fracking-Verbots-

zone gemacht werden. Wirtschaftspolitiker und -verbände hatten immer wieder auf wirtschaftliche Vorteile von preisgünstigem heimischen Gas verwiesen. Viele Abgeordnete sehen sich auch unter dem Druck der Wähler, die Fracking grundsätzlich verhindern wollen. Denn bei vielen Bürgerinitiativen sei der – falsche – Eindruck entstanden, dass nach den geplanten Änderungen Fracking leichter durchzusetzen sei als vorher. In der CSU und der großen CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen sei deshalb die Auffassung verbreitet gewesen: Lieber kein neues Gesetz als dieses.

An die 80 Unions-Abgeordnete plädierten hingegen weiter für eine Verschärfung noch vor der Wahl. Vorher hatte der Abgeordnete Reinhard Grindel (CDU) am Montag im Fraktionsvorstand darauf hingewiesen, dass es wegen der großen Bedeutung für Mensch und Natur um eine Gewissensfrage gehe. Damit deutete er an, sich gegebenenfalls bei einer Abstimmung im Bundestag nicht an die Fraktionslinie zu halten. Fraglich ist aber, ob ein von den Grünen angekündigter Gesetzesantrag für ein Fracking-Verbot zur Abstimmung und damit das Gewissen der Unions-Politiker in dieser Frage zum Tragen kommt.

Auszug	<input type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input checked="" type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input checked="" type="checkbox"/>	Überregional	Seite
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

NRW: 30 Prozent des Stroms aus Sonne

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF Die rot-grüne Landesregierung will bis 2025 den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien von derzeit zwölf auf 30 Prozent erhöhen. Eine besondere Bedeutung komme dabei neben der Windkraft der Solarenergie bei, betonte Johannes Rempel, Minister für Umwelt und Energie bei der Vorstellung einer Studie über das Solarpotenzial. Demnach könnten mit Photovoltaik mehr als 72 Terawattstunden Strom pro Jahr erzeugt werden. Nach Angaben des Ministeriums reicht ein Terawatt aus, um 250 000 Haushalte ein Jahr lang mit Strom zu versorgen. Derzeit seien erst drei Terawatt installiert, sagte Rempel, der in NRW ein großes Po-

tenzial bei der Solarenergie sieht. Wenn 70 Prozent der nach Süden, Südwesten oder Südosten weisenden Dachflächen entsprechend ausgerüstet würden, könne der gesamte Strombedarf der privaten

„Photovoltaik rechnet sich für Hausbesitzer“

Johannes Rempel
Umweltminister

Haushalte in NRW gedeckt werden. Der Minister räumte ein, dass es wegen der Wetterverhältnisse keine vollständige Abkoppelung vom allgemeinen Stromnetz geben könne; aber für Hausbesitzer rechne sich die Anschaffung einer Solaranlage

in der Regel nach acht bis zehn Jahren. Eine herkömmliche Kilowattstunde Strom koste rund 26 Cent; bei selbstproduziertem Solarstrom seien es nur 18 Cent. Rempel forderte, stärker als bisher Randstreifen an Autobahnen und Schienenwegen sowie Halden und Parkplatzflächen mit Solaranlagen zu bestücken. In NRW seien derzeit 184 000 Solaranlagen mit einer Nennleistung von 3,4 Gigawatt installiert. Daraus ergebe sich ein Jahresertrag von mehr als drei Terawatt.

Thomas Kufen (CDU) warf Rempel vor, keinen Plan zu haben, wie das Solarpotenzial genutzt werden soll. „Mit dem schlichten Hinweis, dass NRW Nachholbedarf habe, macht es sich der Umweltminister zu einfach.“

Auszug	<input type="checkbox"/>	NRZ	<input type="checkbox"/>	Regional	<input type="checkbox"/>	Überregional	
vom	<input checked="" type="checkbox"/>	RP	<input type="checkbox"/>	Regional	<input checked="" type="checkbox"/>	Überregional	Seite
05.06.2013	<input type="checkbox"/>	Internet	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>	FAZ	<input type="checkbox"/> ZfK
	<input type="checkbox"/>	Niederrhein- Anzeiger	<input type="checkbox"/>	Energie & Management	<input type="checkbox"/>	Euro Heat & Power	<input type="checkbox"/> Stadt- Panorama

Garzweiler-Klage: Bund hält an Braunkohle-Abbau fest

KARLSRUHE (dpa) In der Verhandlung über Enteignungen für den Braunkohletagebau in NRW hat die Bundesregierung den Abbau vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigt. Braunkohle trage immer noch erheblich zur Energieversorgung bei, sagte der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums in Karlsruhe. Ein Verzicht auf Braunkohle sei nicht denkbar.

Das Gericht verhandelt die Klagen des Anwohners Stephan Pütz und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), die sich durch den Braunkohletagebau in Garzweiler in ihren Grundrechten verletzt sehen. Pütz will sein Haus vor Enteignung und Abriss schützen. Der BUND sieht sein Eigentumsrecht durch den Verlust einer Obstbaum-

wiese verletzt, die den Baggern bereits zum Opfer gefallen ist.

Das Gericht informierte sich darüber, inwieweit der Abbau von Braunkohle für die Energieversorgung unverzichtbar ist und welche Belastungen für Umwelt, Natur und Mensch damit verbunden sind. Eine Tendenz ihres in mehreren Wochen zu erwartenden Urteils ließen sie trotz vieler Fragen zunächst nicht erkennen (Az. 1 BvR 3139/08 und 3386/08). Still wurde es im Gerichtssaal, als der Kläger Stephan Pütz mit bewegter Stimme schilderte, dass an Feiertagen Menschen zu ihren leeren Häusern kämen, um weinend Abschied zu nehmen. Zudem sei der erzwungene Umzug immer mit finanziellen Verlusten verbunden.

Auszug

vom

05.06.2013

NRZ

Regional

RP

Regional

Internet

Handelsblatt

Niederrhein-
Anzeiger

Energie &
Management

Wo die Energiewende besser funktioniert

McKinsey-Studie listet 20 Fallbeispiele aus aller Welt auf, die für Deutschland Modellcharakter haben.

Klaus Stratmann

Berlin

Die Deutschen wännen sich mit der Umsetzung der Energiewende in einer Vorreiterrolle. Eine McKinsey-Studie belegt jedoch, dass Deutschland von anderen Ländern lernen kann. In ihr sind 20 Fallbeispiele aus aller Welt zusammengetragen worden.

Beispiel Haushaltsgeräte: Mexiko fördert den Austausch von „weißer Ware“ (Kühlschränke, Waschmaschinen), die älter sind als zehn Jahre, mit Subventionen. Bedingung ist, dass die Neugeräte gängige Effizienzstandards übertreffen. Fazit der Studie: Das Modell ist unter bestimmten Bedingungen übertragbar, die volkswirtschaftlichen Effekte sind positiv.

Beispiel Gebäudedämmung: Mit der Sanierung von Gebäuden lassen sich besonders kostengünstig Energieeinsparpotenziale heben. Die Studie verweist auf Beispiele aus Taiwan und identifiziert als eines der Investitionshemmnisse hierzulande, dass Vermieter ihre Investitionen nur begrenzt an Mieter weitergeben können. Außerdem empfiehlt die Studie Contracting-Modelle, bei denen

Dienstleister die Sanierung vorfinanzieren und sich die Einsparung mit dem Eigentümer teilen. Solche Modelle sind in Deutschland zwar möglich, aber nicht stark verbreitet. **Beispiel Stromnetze:** Die Autoren verweisen auf den ambitionierten Netzausbau in China. Sie wünschen für Deutschland eine Verkürzung der Genehmigungszeiten und empfehlen, Bürgern die Möglichkeit zu

geben, sich an den Netzinvestitionen zu beteiligen – bei entsprechender Verzinsung. Die Studie, die in Zusammenarbeit mit Siemens entstanden ist, kommt zu dem Ergebnis, dass eine Übertragung der Beispiele „Deutschland den Zielen der Energiewende in den Dimensionen Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit näherbringen“ würde.

Auszug

NRZ

Regional

Überregional

vom

RP

Regional

Überregional

Seite

05.06.2013

Internet

Handelsblatt

FAZ

ZfK

Leit &

Stadt-
Panorama

Bundesregierung will EU-Wasserplänen doch zustimmen

Wirtschaftsministerium bezeichnet leichtes Nachgeben der Kommission in Brüssel als ausreichend

rike./hmk. BERLIN/BRÜSSEL, 4. Juni. Die Bundesregierung wird der umstrittenen EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen für kommunale Dienstleistungen – im Fokus steht vor allem die Wasserversorgung – offenbar nun doch zustimmen. Das geht aus einem Bericht des Wirtschaftsministeriums hervor, mit dem sich der Wirtschaftsausschuss des Bundestags an diesem Mittwoch befassen wird und der dieser Zeitung vorliegt. Binnenmarktkommissar Michel Barnier habe auf die Bedenken der Kommunen und Länder reagiert und sei ihnen weit entgegengekommen, heißt es in dem mit allen Häusern der Bundesregierung abgestimmten Bericht. Die besondere Struktur der deutschen Wasserversorgung werde nun berücksichtigt. Deshalb sei der Vorschlag eine „gute Grundlage für die laufenden Verhandlungen“.

Barnier hatte 2011 vorgeschlagen, die Städte, Gemeinden und Länder bei der Vergabe von Dienstleistungskonzessionen stärker zu einer öffentlichen Ausschreibung zu zwingen – nach einem einheitlichen und transparenten Verfahren und nicht mehr nach Gusto der Kommunen. Das betrifft etwa die mehrjährigen Verträge zur Abfallentsorgung, aber auch die Wasserversorgung. Letzteres hatte für einen öffentlichen Aufsicht gesorgt, zumal von den Gegnern des Vorhabens verbreitet wurde, dass er die öffentliche Hand zur Privatisierung der Wasserversorgung zwinge, was nicht der Fall ist. Dennoch hat die Bürgerinitiative „Right 2 Water“ inzwischen beinahe 1,5 Millionen Unterschriften gegen das Vorhaben gesammelt. Die Gegner wollen die Wasserversorgung komplett von der Richtlinie ausnehmen. Barnier hatte auf den Protest rea-

giert und einen Kompromiss vorgeschlagen, der derzeit zwischen Europaparlament und Ministerrat beraten wird. Beide Institutionen müssen dem Gesamtvorschlag zustimmen, damit er in Kraft treten kann. Die Bundesregierung hatte das bisher verweigert. Sie sieht nun aber in dem Vorschlag von Barnier eine gute Verhandlungsgrundlage.

Dabei hält Barnier auch mit dem Kompromissvorschlag weitgehend an seiner ursprünglichen Linie fest. Was den aktuellen Vorschlag davon unterscheidet, ist die von deutscher Seite bemängelte Behandlung von „Mehrsparatenunternehmen“. Das sind etwa Stadtwerke, die nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch die Energieversorgung übernehmen. Barnier schlägt nun vor, dass die Richtlinie nicht gelten soll, wenn ein solches Unternehmen 80 Prozent seines Wasserumsatzes

in seiner „beherrschenden Gemeinde“ oder einer Nachbargemeinde erbringt. Ursprünglich hätte das Unternehmen 80 Prozent seines gesamten Umsatzes vor Ort erwirtschaften müssen – also über alle Sparten hinweg. Das hätte einige Stadtwerke vor große Schwierigkeiten gestellt, weil sie ihre anderen Leistungen wie Strom oder Fernwärme nicht nur in ihrer direkten Umgebung, sondern am Markt erbringen.

Es bleibt aber auch mit dem Kompromissvorschlag dabei, dass Stadtwerke mit einer privaten Beteiligung – unabhängig davon, ob sie ein Mehrsparatenunternehmen sind – in der Regel nicht von der Richtlinie ausgenommen werden. Damit fielen weiter bis zu einem Drittel der rund 900 vom Verband kommunaler Unternehmen vertretenen Versorger unter die Regelung.